

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

## Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat IV, Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Beteiligung:

Betreff:

**Änderung der Abfallgebührensatzung**

# Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 27. Dezember 2010

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	17.11.2010	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Umweltausschuss	01.12.2010	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	08.12.2010	N	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	21.12.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

### Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:

1. Die Kostenüber- und -unterdeckungen des Gebührenhaushaltes Abfallwirtschaft der vergangenen Jahre werden gemäß der in der Anlage 6 dargestellten Weise verrechnet.
2. Der Gemeinderat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 14. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung. Die als Anlagen 2 bis 5 beigefügten Gebührenkalkulationen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

### Neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Datum vom 17.12.2010:

1. Die Kostenüber- und -unterdeckungen des Gebührenhaushaltes Abfallwirtschaft der vergangenen Jahre werden gemäß der in der Anlage 6 dargestellten Weise verrechnet.
2. Der Gemeinderat beschließt die als **Anlage 1 NEU** beigefügte 14. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung. Die als Anlagen **2 NEU** bis 5 beigefügten Gebührenkalkulationen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung
A 01 <b>NEU</b>	Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung – <b>Stand: 17.12.2010</b>
A 02	Kalkulation Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 02 <b>NEU</b>	Kalkulation Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe – <b>Stand: 17.12.2010</b> <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 03	Kalkulation Stundensatz Müllwerker <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 04	Kalkulation Stundensätze Fahrzeuge <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 05	Wirtschaftsplan PC 5370 – Abfallwirtschaft <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 06	Ausgleich der Kostenüber- und -unterdeckungen <b>(Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!)</b>
A 07	1. Ergänzung mit Datum vom 17.12.2010

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.11.2010

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.11.2010

### 7 **Änderung der Abfallgebührensatzung** Beschlussvorlage 0342/2010/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Lachenauer

Stadträtin Prof. Dr. Schuster erläutert, dass es einen sachlichen Konflikt gebe, inwieweit die Einführung der Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe Sinn mache. Es solle über eventuelle negative Folgen solch einer Gebühreneinführung inhaltlich diskutiert werden. Sie stellt daher folgenden gemeinsamen **Geschäftsordnungsantrag** der SPD, Grüne/generation.hd, GAL/HD p&e und Bunte Linke / die Linke:

Der Tagesordnungspunkt wird in den Umweltausschuss verwiesen.
---

Stadtrat Lachenauer spricht sich gegen die Verweisung aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Bürgermeister Dr. Gerner den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Der Tagesordnungspunkt wird in den Umweltausschuss am 01.12.2010 verwiesen.
---

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 8 : 6 : 0 Stimmen**

**gezeichnet**

Dr. Joachim Gerner  
Bürgermeister

**Ergebnis:** verwiesen in den Umweltausschuss  
*Ja 8 Nein 6 Enthaltung 0*

## Sitzung des Umweltausschusses vom 01.12.2010

Ergebnis der nicht-öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses vom 01.12.2009

### 2 **Änderung der Abfallgebührensatzung** Beschlussvorlage 0342/2010/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Meißner, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Wetzel

Stadtrat Wetzel stellt den folgenden **Antrag**:

In Nr. 6.2 der Abfallgebührensatzung soll aufgenommen werden, dass die Gebühr für die Anlieferung von Wertstoffen für jeden abgelieferten gelben Sack 1 Euro betragen soll.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 01:07:02 Stimmen**

Stadträtin Dr. Meißner stellt folgenden **Antrag**:

Die private Anlieferung von Glas, Papier und Grünschnitt soll gebührenfrei bleiben.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 02:08:00 Stimmen**

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2010

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2010

### 4 **Änderung der Abfallgebührensatzung**

Beschlussvorlage 0342/2010/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Marggraf, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Holschuh

In der ausführlich geführten Diskussion wird die Einführung einer Benutzungsgebühr in Höhe von 6 €/cbm für die Anlieferung von Abfällen/Wertstoffen an den Recyclinghöfen kritisiert. Es wird vorgeschlagen, für die Abfallfraktionen von Papier, Grünschnitt, Gelber Sack und Glas jeweils nur eine Gebühr von 2 €/cbm oder auch 3 €/cbm zu erheben und als Ausgleich dafür die verbleibenden Abfallfraktionen dementsprechend zu erhöhen, so dass weiterhin mit einem Mehrertrag von ca. 500.000 € zu rechnen sei.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt zu, bis zur Gemeinderatssitzung am 21.12.2010 eine Ergänzungsvorlage mit einer entsprechenden Gebührenkalkulation für die Benutzungsgebühr der Recyclinghöfe vorzulegen.

Somit wird folgende geänderte Beschlussempfehlung zur Abstimmung gestellt (Änderungen sind fett gedruckt):

#### **Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderates:*

3. *Die Kostenüber- und -unterdeckungen des Gebührenhaushaltes Abfallwirtschaft der vergangenen Jahre werden gemäß der in der Anlage 6 dargestellten Weise verrechnet.*
4. *Der Gemeinderat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 14. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung **mit Ausnahme der unter Punkt 3e aufgeführten Einführung einer Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe**. Die als Anlagen 3 bis 5 beigefügten Gebührenkalkulationen sind Bestandteil dieses Beschlusses.*
5. ***Der Gemeinderat beschließt in seiner Sitzung am 21.12.2010 über die bis dahin in einer Ergänzungsvorlage vorgelegte modifizierte Gebührenkalkulation zur Einführung einer Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe.***

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** teilweise beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Sitzung des Gemeinderates vom 21.12.2010

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.12.2010

### 12 **Änderung der Abfallgebührensatzung** Beschlussvorlage 0342/2010/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 08.12.2010 erbetenen Informationen und die entsprechende Gebührenkalkulation hin (1. Ergänzung zur Drucksache 0342/2010/BV vom 17.12.2010).

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Wetzel, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Cofie-Nunoo

Im Meinungsaustausch geht es im Wesentlichen um die Höhe der Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe, um ökologische Gesichtspunkte (Gefahr der „illegalen“ Müllentsorgung beziehungsweise falschen Trennung), den Kostendeckungsgrad der Abfallwirtschaft insgesamt und die Bührenderechtigkeit.

Stadtrat Cofie-Nunoo schlägt vor, dass die Verwaltung nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorlegt.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt eine Bilanzierung zu, beschränkt die Zusage aber auf einen Zeitraum von 2 Jahren.

Er ruft den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung vom 17.12.2010 zur Abstimmung auf (Änderungen sind fett gedruckt):

#### **Beschluss des Gemeinderates:**

1. *Die Kostenüber- und -unterdeckungen des Gebührenhaushaltes Abfallwirtschaft der vergangenen Jahre werden gemäß der in der Anlage 6 dargestellten Weise verrechnet.*
2. *Der Gemeinderat beschließt die als **Anlage 1 NEU** beigefügte 14. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung. Die als **Anlagen 2 NEU** bis 5 beigefügten Gebührenkalkulationen sind Bestandteil dieses Beschlusses.*
3. ***Die Verwaltung legt spätestens nach zwei Jahren einen Erfahrungsbericht vor.***

gezeichnet  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** beschlossen mit Änderung und Arbeitsauftrag an die Verwaltung  
*Ja 31 Nein 6 Enthaltung 0*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1		Solide Haushaltswirtschaft
		Begründung: Verursachungsgerechtere Festlegung von Gebühren

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

### 1. Einführung einer Benutzungsgebühr für Recyclinghöfe (Nr. 6.2 GebVerz)

In Heidelberg werden von der Stadt fünf Recyclinghöfe unterhalten und betreut. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, neben der kostenfreien Abgabe von Wertstoffen auch andere Abfallfraktionen auf den Recyclinghöfen abzugeben. Momentan wird neben der Gebühr für Altreifen (3,00 Euro das Stück) auch eine pauschale Anlieferungsgebühr für die Anlieferung von Bauschutt, Sperrmüll, Holz, Flach- und Spiegelglas, Teppichboden, Baumstämmen und Baumwurzeln in Höhe von 4,00 Euro für einen halben Kubikmeter und 8,00 Euro für einen Kubikmeter erhoben. Die Kosten für die Vorhaltung der Recyclinghöfe sowie die entstehenden Entsorgungskosten der Abfälle werden von den Verwertungserlösen und den Gebühreneinnahmen bei weitem nicht gedeckt, da derzeit nur noch circa 20 Prozent der Kunden zahlen. Auch nimmt die Nutzung durch Nicht-Heidelberger immer mehr zu, was jedoch in der Praxis schwer bis kaum zu kontrollieren ist.

Die Restfinanzierung der Kosten der Recyclinghöfe erfolgt somit aufgrund fehlender eigener Einnahmequellen über die allgemeinen Abfallgebühren. Gerade die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Bedarfssystem nutzen die Recyclinghöfe besonders intensiv. Deshalb ist es auch verursachungsgerecht, die Kosten der Recyclinghöfe den direkten Nutzern aufzuerlegen. Aus diesem Grund wird die Einführung einer Benutzungsgebühr für die Recyclinghöfe vorgeschlagen.

Es ist vorgesehen, gestaffelte Preise zu erheben und ab 1. Januar 2011 pro angefangenen Kubikmeter 6,00 Euro zu erheben. Ausgenommen hierbei sind Anlieferungen von Elektronikgeräten und Altbatterien, da wir hier gesetzlich verpflichtet sind, diese kostenlos anzunehmen. Darüber hinaus werden Anlieferungen von kleinen Mengen Schadstoffen aus Privathaushalten weiterhin kostenfrei bleiben, um einer falschen Entsorgung entgegen zu wirken, zumal aufgrund der finanziellen Situation in der Stadt Heidelberg keine dezentrale Schadstoffsammlung mehr durchgeführt wird.

Ziffer 6.2 des Gebührenverzeichnisses ist entsprechend anzupassen.

## 2. **Prozentuale Verteilung bei gemeinsamen Abfallbehältern**

Mehrere Anschlusspflichtige können sich durch schriftliche Vereinbarung zur gemeinsamen Nutzung von Wertstoff- und Restmüllbehältern zusammenschließen. Hierbei werden die Gebühren entsprechend der gewünschten Verteilung auf die angeschlossenen Grundstücke umgelegt. Den Interessen der Parteien ist besser gedient, wenn die Umlegung nicht wie bisher zu gleichen Teilen, sondern entsprechend der prozentualen Nutzung erfolgt. Diesem Zweck dient die Änderung des § 2 Absatz 3 Satz 2.

## 3. **Wöchentliche Leerung großer Papierbehälter nur noch in Großwohnanlagen**

Grundstücksbezogene Papierbehälter werden 14-tägig geleert. Auf schriftlichen Antrag kann bei den 660 Liter und 1.100 Liter Papierbehältern eine wöchentliche Leerung gewählt werden. Aus betrieblichen sowie logistischen Gründen soll die Möglichkeit einer wöchentlichen Leerung nur noch für Großwohnanlagen (Gebäude und Wohnanlagen mit mehr als 20 Wohnungen) gelten. § 3 Absatz 3 Buchstabe c) ist entsprechend zu ändern.

## 4. **Anordnungsmöglichkeit für den Teilservice**

Laut den bestehenden Regelungen werden die Abfall-/Wertstoffbehälter grundsätzlich im Vollservice geleert. Aus gegebenen Anlässen sollte es jedoch möglich sein, den Vollservice im Einzelfall ablehnen und den Teilservice anordnen zu können, wenn der Standplatz der gebotenen leichten und raschen Abholung entgegensteht. Es soll vermieden werden, dass die Abholung einzelner Abfallbehälter den gesamten Betrieb übermäßig verlangsamt. Von einer solchen übermäßigen Beeinträchtigung ist auszugehen, wenn die durch die Komfortstufe 3 gezogene Grenze überschritten wird (Entfernung zur Straße mehr als 75 Meter) oder andere übermäßige Hindernisse vorhanden sind, z. B. durch starke Steigungen (z. B. mehr als 5 % in Auffahrten, Hanglagen, Tiefgaragen, etc.). Diese Möglichkeit soll durch die Änderung des § 3 Absatz 5 und Ergänzung eines neuen § 3 Absatz 7 eingeführt werden.

## 5. **Streichung der Regelungen zum 80-Liter-Bioabfallbehälter**

Vom Gemeinderat wurde im November 2007 beschlossen, zum 1. Januar 2009 den 80-Liter-Bioabfallbehälter gegen einen 120-Liter-Bioabfallbehälter auszutauschen und den Bürgerinnen und Bürgern 40 Liter mehr Volumen pro Woche zur Verfügung zu stellen. Die Umtauschaktion, die noch in das Jahr 2010 hinein dauerte, ist nun abgeschlossen. Der Gebührentatbestand für einen 80-Liter-Bioabfallbehälter sowie die entsprechenden Regelungen in der Abfallgebührensatzung sind somit hinfällig und können gestrichen werden. Betroffen sind hiervon § 3 Absätze 4 und 5 der Abfallgebührensatzung. Im Gebührenverzeichnis betrifft dies die Nummern 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3.

## 6. **Stundensätze für Mitarbeiter und Fahrzeuge (Nr. 4 GebVerz)**

Das Einsammeln und Transportieren von Abfällen durch das städtische Amt für Abfallwirtschaft zugunsten von Bürgerinnen und Bürgern ist nach Nr. 4 GebVerz gebührenpflichtig. Zu zahlen sind Stundensätze sowohl für den Personal- als auch für den Maschineneinsatz. Diese Stundensätze für Mitarbeiter und Fahrzeuge sind nicht mehr kostendeckend und daher entsprechend anzupassen. Nr. 4 GebVerz ist entsprechend anzupassen.



## 7. **Streichung der gesonderten Gebühr für Erdaushub und Bauschutt (Nr. 6.3 GebVerz)**

Nummer 6.3 GebVerz kann gestrichen werden, da Anlieferungen von leicht verunreinigtem Erdaushub in den letzten Jahren nicht erfolgten und diese ansonsten unter Nr. 6.1 GebVerz (nicht recyclingfähiger Erdaushub) abgerechnet werden könnten.

## 8. **Gebührenkalkulation**

Auf die Gebührenkalkulation haben die vorgenannten Änderungen (mit Ausnahme der neuen Benutzungsgebühr Recyclinghöfe) keine Auswirkungen. Aufgrund der Einführung einer Benutzungsgebühr für die Recyclinghöfe (Nr. 6.2 GebVerz) werden Mehrerträge von bis zu 500.000 Euro pro Jahr erwartet. Die Auswirkungen dieser Mehrerträge sind in der beigefügten Kalkulation (Anlage 2) dargestellt. Die aktuellen Gebührenkalkulationen für den Stundensatz Müllwerker sind in Anlage 3 und für die Stundensätze Fahrzeuge in Anlage 4 dargestellt.

Für den Zeitraum 2010 - 2014 wurde die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen in Anlage 5 dargestellt. Der neue Gebührentatbestand ist in vollem Umfang berücksichtigt. Wie der Darstellung zu entnehmen ist, ist am Ende des Zeitraumes in 2014 der Gebührenhaushalt ausgeglichen.

## 9. **Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen**

Zur Feststellung des Ausgleichs von Aufwendungen und Erträgen ist eine mittelfristige Gebührenkalkulation erstellt worden. Gemäß den Anforderungen des § 14 Kommunalabgabengesetz (KAG) müssen die ansatzfähigen Kosten gedeckt werden. Kostenüber- und -unterdeckungen sind innerhalb von 5 Jahren auszugleichen. Der Ausgleich ist vom Gemeinderat festzustellen. Die letzte Feststellung des Ausgleichs erfolgte mit dem Beschluss vom 15. November 2007 zur Änderung der Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung.

Die Darstellung in Anlage 6 zeigt den Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen der Jahre 2005 bis 2009. Zur Erläuterung:

- Die aus dem letzten Ausgleich (2007) verbliebene Überdeckung aus 2005 wird mit der Unterdeckung aus 2008 verrechnet.
- Die Überdeckung aus 2007 wird mit den Unterdeckungen aus 2008 und 2009 verrechnet.
- Schließlich verbleibt eine Unterdeckung aus 2009 in Höhe von -763.088 Euro.

Die verbleibende Unterdeckung aus 2009 in Höhe von 763.088 Euro ist in die Gebührenkalkulation für 2010 bis 2014 eingestellt.

gezeichnet

Wolfgang Erichson